



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 21
4. Jahrgang

Er scheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
preisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11,
Königsgräber Str. 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Lühnow 3249. — Bezugspreis monatlich: Grundpreis 0,25 M.
mal Schlüssezahl d. Börsenvereins d. Deutschen Buchhändler. Preis der Einzelnummer: 0,15 M. mal Schlüsse-
zahl. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G, Berlin SW. 47,
Selle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

8. November
1923

Major Richerts Vorbereitungen für einen Separatisten- putsch im Saargebiet.

Ein früherer preussischer Fahrsteiger als Strohmann Richerts.

Aus dem Saargebiet gehen uns von zuverlässiger Seite Mit-
teilungen zu über Vorbereitungen zu einem Separatistenputsch,
hinter welchem der in den letzten Monaten viel genannte fran-
zösische Putschmajor Richert steht. Richert wurde bekanntlich,
nachdem seine Putschpläne in Bayern durch den Fuchs-Machhaus-
Prozess aufgedeckt wurden, nach Kolmar i. E. „strafverurteilt“, was
ihn aber nicht hindert, seine Propagandatätigkeit im Saargebiet
unvermindert fortzusetzen. Nachdem er sich durch seine zahlreichen
Mißerfolge davon überzeugen mußte, daß er keinerlei Einfluß auf
die Saargebietsbevölkerung gewinnen und nur mit Hilfe erheb-
licher Frankenbeträge sich einige unsaubere Kreaturen kaufen
konnte — selbst mit der „Saarbund“-Gründung erlebte er ein
Fiasco —, änderte er seine Methoden. Mit Hilfe des früheren
„Agl. Preussischen Fahrsteigers“ Reinhard in Saarbrücken
versucht er jetzt, eine Separatistenbewegung à la Dornen und Ge-
nossen ins Leben zu rufen. Am vergangenen Freitag fand im
Hotel „Monopol“ in Saarbrücken eine Sitzung statt, an der, wie
bisher festgestellt wurde, folgende Herren teilnahmen: Der oben-
genannte Reinhard, Heimbürger-Saarbrücken, Dr.
Köhl-Saarbrücken (früher in Straßburg i. E., nicht zu ver-
wechseln mit dem Ingenieur Köhl (einem alten Saarbrücker),
Ingenieur Merk, Simon, beide in Saarbrücken, ein gewisser
Reppert und Schwarz, beide in Friedrichsthal. In dieser
Sitzung wurde die Art besprochen, in welcher man die „Separa-
tistenbewegung“ im Saargebiet in Gang setzen will. Es wurde
mitgeteilt, daß der sog. „Wirtschaftsbund“ in Saarlouis diese
Bestrebungen unterstütze und daß die kürzlich gegründete „Zentral-
kasse für Handwerkerkredite“ dem gleichen Zwecke diene. Die
letzte Gründung ist auf Anregung und mit Unterstützung der
französischen Saargrubenverwaltung erfolgt, in deren Etat
Richert bekanntlich als „Berghauptmann“ geführt wird. Ein
besonderes Interesse für diese Gründung bekundet auch der stell-
vertretende Vorsitzende der französischen Bergwerksdirektion, Kapi-
tän Saint Claire de Villedieu. In der Gründungsversamm-
lung dieser Kasse machte dieser Ausführungen, die sich inhaltlich
mit seinem Vortrage decken, den er vor einiger Zeit dem franzö-
sischen Ministerpräsidenten Poincaré über den Stand der Saar-
frage hielt. Schlußfolgernd sagte er damals: „Nachdem die Berg-
werke in französischen Besitz übergegangen sind, der französische
Franken und der französische Schulunterricht im Saargebiet ein-
geführt sind, gehört das Saargebiet eigentlich jetzt schon zu Frank-
reich. Jetzt gilt es, diese Tatsache durch einen äußeren Anlaß
vollständig zu machen.“

Major Richert ist sich bewußt, daß er im Saargebiet nur
etwas erreichen kann, wenn er sein Endziel völlig verschleiert,
wenn er selbst völlig im Hintergrund bleibt. Deshalb hat er den
erwähnten Reinhard vorgeschoben, der jetzt fast ständig zwischen
Saarbrücken und Kolmar hin und her fährt, um mit Richert die
Richtlinien der Aktion zu besprechen. Reinhard war früher Agl.

Preussischer Fahrsteiger auf Grube Dudweiler im Saargebiet und
später Einfahrer in Krefeld. Als ihm auf die Erfindung eines
„eisernen wandernden Grubenaushaues“ ein Patent erteilt
worden war, schied er aus dem preussischen Staatsdienst aus. Er
übernahm später, begünstigt durch den damaligen Agl. Berg-
rat Langer, den Abbau von Kohlenflözen und den Betrieb von
Querschlägen auf der Grube „Victoria“ im Saargebiet. Mit Hilfe
seiner Erfindung, die er hierbei in Anwendung brachte, und
sonstiger Vergünstigungen seitens der Bergbehörde, wurde Rein-
hard bald ein reicher Mann. Sein Ehrgeiz, auch gesellschaftlich
eine Rolle zu spielen, wurde befriedigt, als es ihm gelang, Mit-
glied des Saarbrücker Zivilkasinos zu werden, das sich durch seine
besondere Exklusivität auszeichnet. Inzwischen ist man aber dort
auf seine Franzosenfreundlichkeit aufmerksam geworden. Seinen
außerordentlichen Einfluß, den er sowohl in der Regierungs-
kommission wie auch in der Obersten Polizeiverwaltung des Saar-
gebiets besitzt, geht soweit, daß gewisse Manipulationen, die er
in seinen geschäftlichen Beziehungen zur französischen Bergbehörde
anwandte und den Verdacht der Unterschlagung und
des Betruges aufkommen ließen, keine straf-
rechtliche Verfolgung fanden. Auf seine Veranlassung
sind zahlreiche Ausweisungen ihm unbequemer Personen zurückzu-
führen. Bezeichnend sind auch seine Beziehungen zu dem fran-
zösischen Agenten Kolmanzperger, der vor einigen Monaten
wegen Anstiftung zum Mord gelegentlich des Bergarbeiterstreiks
zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

Der Plan des Majors Richert geht dahin, mit Hilfe von
Reinhard und Genossen und verschleieter Organisationen eine
Bewegung ins Leben zu rufen, die auf die Ausrufung eines auto-
nomen Saarstaates mit Anschluß an den von General de Me-
erstrebten autonomen Pfalzstaat abzielt. Die beabsichtigten Grün-
dungen derer von de Me- und Richert sollen einem großen Staate
von Teilen Lothringens und des Elsaß angegliedert und damit
eine Art französischer Bundesstaat gegründet werden. Diesem
Plan soll auch Tardieu sympathisch gegenüberstehen, der den dahin-
zielenden Bestrebungen seine Förderung angedeihen läßt.

So unwahrscheinlich es auch ist anzunehmen, daß der Oberste
Polizeiverwalter des Saargebiets, Adler, über diese Angelegen-
heit nicht unterrichtet sein sollte, so stellen wir uns dennoch auf
den Standpunkt, daß der Regierungskommission diese Dinge bis-
her unbekannt gewesen sein mögen. Nachdem sie ihr jedoch nun-
mehr bekannt geworden sind, nehmen wir an, daß sie sofort gegen
Reinhard und Genossen wegen Geheimbündelei und wegen Ver-
suchs der gewaltsamen Aenderung der durch das Versailler Diktat
geschaffenen Verhältnisse vorgehen und daß sie bei der franzö-
sischen Regierung Protest wegen der Richertschen Putschabsichten
erheben wird. Falls dieser Schritt unterbleibt, müssen wir unsere
Schlüsse daraus ziehen.

Deutsche Worte eines katholischen Geistlichen an der Saar.

„Die Lage in unserer engeren Heimat, im Saargebiet“, lautete das Thema, das in einer großen Versammlung des Kartells der katholischen Vereine St. Ingberts Abgeordneter Pfarrer Wilhelm Wehrden in fast zweistündigen Ausführungen behandelte. Er führte u. a. aus:

Das Saargebiet ist geschaffen durch den Versailler Friedensvertrag, der aber keinen Frieden, sondern nur neuen Streit und Jank in die Welt gebracht hat, schlimmer als jemals. Deutschland mußte den Vertrag unterschreiben, weil keine andere Wahl mehr war. Wir haben keine Putschgedanken! Dafür ist das Saarpolk zu friedlich gesinnt. Der Saarländer ist froh, wenn er seine Familie ernähren und für sie sorgen kann. Da hat er keine Gedanken des Hasses und der Rachsucht. Das katholische Volk will in Ruhe gelassen werden und seiner Arbeit nachgehen! Wir stehen bis 1935 unter dem Völkerbund, und dann wird es sich zeigen, daß wir gute Deutsche, gute Bayern und Preußen sind. Und wäre die Regierungskommission, was sie nach dem Willen des Völkerbundes sein soll, eine wirklich neutrale Regierung, dann wäre kein Kampf und kein Streit im Saargebiet und die politischen Wogen würden nicht so hoch gehen, wie es jetzt tatsächlich im Saargebiet der Fall ist. Man lasse uns, was Vater und Mutter uns gelehrt haben, unsere deutsche Gesinnung, dann ist Frieden! Aber die Regierung ist nicht so neutral, wie wir es erwarten dürften. Sie bewegt sich offenkundig im französischen Fahrwasser, und dagegen müssen wir uns wehren! Das ist nicht Revolution, nicht Haß, nicht Nationalismus, sondern ist für uns heilige Pflicht. Das gilt insbesondere für den Landesrat, der die religiösen, politischen, deutschen und sozialen Interessen des Volkes zu vertreten hat. Wir sind nicht, was man uns immer vorwirft, Nationalisten und Chauvinisten, nein, wir sind ehrliche Deutsche, und was deutsch ist, das bestimmen wir, keine Franzosen und keine Französlinge! Diese deutsche Art zu erhalten, ist unsere Pflicht und Schuldigkeit. Wir

haben unsere deutsche Sprache, deutsche Kultur und Literatur, die wir gar nicht abstreifen können. Der Franzose hat nur vor dem Respekt, der Charakter hat, und wenn wir bei ihm nicht in Betracht kommen wollen, dann sorgen wir dafür, daß wir Charakter haben und uns nicht für alles gebrauchen lassen!

Wir müssen uns ferner wehren gegen den Gedanken der Abtrennung von unseren Dörfern Speyer und Trier. Seit Jahren sind diese Bestrebungen im Gange und man möchte insbesondere gern den heiligen Stuhl dafür gewinnen. Aber wir sind katholisch, und katholisch heißt treu sein, treu der Kirche, dem Glauben, dem Bischof und dem Vaterlande! Das gehört zusammen. So lange es an uns liegt, werden wir niemals die Hand für eine Lösung bieten.

Wir müssen uns auch wehren gegen die französische Schule. Frankreich hat viele Mittel, das Saarpolk an sich zu ziehen, besonders wirtschaftliche Vorteile, ein gefährliches Mittel. Es hat auch ein kulturelles Mittel, und das ist die französische Schule. „Sie ist doch konfessionell“ wird uns gesagt. Darauf ist zu sagen: Und wenn sie noch so konfessionell wäre, so ist und bleibt sie eine Auslandsschule, und zwar eine französische Staatsschule. Zur Erlernung der französischen Sprache ist auch in unseren deutschen Schulen Gelegenheit geboten. Im übrigen waren wir doch zuerst hier! Wer sich da mit uns verständigen will, der soll uns doch nicht veranlassen wollen, zuerst eine andere Sprache zu erlernen!

Daß Frankreich zurzeit die Saargruben ausbeutet, dazu ist es nach dem Versailler Vertrag berechtigt. Aber daß das Saarpolk auch geistig und politisch Frankreich unterworfen werden soll, dagegen müssen wir Front machen. Man darf die Bergarbeiter und die Menschenfeele nicht verwechseln mit den Kohlen. Ein guter Saarländer muß gerade in diesen Punkten auch ein guter Deutscher sein, sonst ist er, nicht zuletzt in den Augen der Franzosen, eine erbärmliche Figur.

Saarländische Arbeiterfragen vor dem Internationalen Arbeitsamt.

Die saarländischen Gewerkschaften hatten zu der in Genf zusammengetretenen Internationalen Arbeitskonferenz eine Delegation entsandt, die verschiedene saarländische Arbeiterfragen unterbreitete. Sie überreichten dem Internationalen Arbeitsamt ein Memorandum, in dem den Wünschen der Arbeitnehmer für die Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung im Saargebiet Ausdruck verliehen wird. Die Unterzeichneten bitten das Internationale Arbeitsamt, im Interesse einer gesunden Entwicklung des Wirtschaftslebens an der Saar seinen ganzen Einfluß in die Wagschale werfen zu wollen, um den berechtigten, im Versailler Vertrag begründeten Wünschen der Arbeitnehmerschaft Berücksichtigung zu verschaffen. Weiter glauben die Organisationsleitungen, daß das Internationale Arbeitsamt kraft seiner Autorität auf dem Gebiete der internationalen Sozialgesetzgebung bei der Regierungskommission ein geeignetes Gehör für die Interessen der Arbeitnehmerschaft finden wird.

Zunächst wird um eine Einwirkung des Arbeitsamtes auf die Regierungskommission in der Frage der Aufhebung der Verordnung vom 2. Mai 1923 betr. Verbot des Streikpostensiehens gebeten. Das Verbot sei ein Ausnahmengesetz gegen die organisierte Arbeiterschaft und stehe in Widerspruch zu der Bestimmung des § 12 der Anlage zum Friedensvertrag. Unterstrichen wird noch diese Bitte durch die Ablehnung des Verbotes durch den Landesrat.

Des weiteren wird in dem Memorandum um eine Einwirkung auf die Regierungskommission zwecks Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Interessenvertretung der Arbeitnehmer gebeten. Es wird darauf verwiesen, daß der § 23 Absatz 4 des Friedensvertrages vorschreibt, bei der Festlegung der Arbeitsstunden und Arbeitsbedingungen die von den örtlichen Organisationen geäußerten Wünsche durch die Regierungskommission in Betracht zu ziehen. Das Verhalten der Regierungskommission stelle jedoch praktisch in allen sozialpolitischen Fragen eine Ausschaltung und Ignorierung der Gewerkschaften dar. Weiter fordern die Gewerkschaften das Internationale Arbeitsamt auf, auf die Regierungskommission einzuwirken für Schaffung einer klareren und besseren rechtlichen Stellung der Arbeitnehmer im Produktionsprozeß durch Einführung von Betriebsvertretungen, amtlichen Schlichtungsstellen mit rechtsverbindlichem Spruch und gesetzliche Regelung des Tarifwesens, endlich durch Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes mit grundsätzlicher Festlegung des Achtstundentages.

Die Mitglieder der Delegation hatten persönliche Unterredungen mit dem Direktor des Arbeitsamtes und mit Vertretern der Regierungen von Italien, Frankreich und Japan, außerdem mit Vertretern der Arbeitgeber. Die Arbeitnehmergruppe der Konferenz befaßte sich in einer besonderen Sitzung mit den von der saarländischen Delegation vorgetragenen Wünschen und Forderungen und versprach, sofern es die Geschäftsordnung irgendwie zulasse, noch in dieser Sitzung durch eine Entschließung zu den Saargebietsfragen Stellung zu nehmen.

Mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Saargruben hatten die Führer der Bergarbeiterorganisationen noch eine besondere Aussprache über die Verhältnisse in den Saargruben, besonders über die Uebergriffe gewisser Beamten und die Maßregelungen von Bergarbeitern. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates versprach eine Einwirkung auf die Bergwerksdirektion, soweit es in seinen Kräften stehe.

Die drei Mitglieder des Landesrates, Karius, Krah und Schmelzer, sprachen auf dem Generalsekretariat vor und gingen noch einmal auf die Notlage der Altpensionäre und der Kriegsrentenempfänger ein. Die von den Parteien in dieser Angelegenheit bei dem Völkerbundsrat eingereichte Eingabe ging der Regierungskommission zur Rückäußerung zu. Die genannten Abgeordneten brachten auch die Beamtenbesoldungsvorlage zur Sprache.

Gegen die politische Entrechtung der Saarbevölkerung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landesrats hat einen wichtigen Antrag eingebracht: Die Fraktion ersucht die Regierungskommission des Saargebiets, dem Landesrat umgehend und noch in dieser Sitzungsperiode einen Gesetzentwurf zur Begutachtung vorzulegen, durch den erstens die Wählbarkeit auf alle Saareinwohner ausgedehnt wird und zweitens, die Rechte des Landesrats gebührend erweitert werden. Die Erweiterung der Wählbarkeit wird als ein Gebot der Gerechtigkeit betrachtet, da auch die nicht im Saargebiet geborenen die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen haben. Wertvolle Mitarbeiter am Gemeinwohl liegen in ihrer Arbeitskraft brach, obwohl sie an der Entwicklung des Saargebiets in hervorragendem Maße beteiligt sind. Die bisherige Rechtlosigkeit des Saar-Landesrats sei entwürdigend, auch für die Regierungskommission. Sie hindere geradezu eine wertvolle Arbeit durch die Verletzung des Rechtes der Initiativ-Anträge, der Interpellationen, der vorhanden gewesenen und grundlos beseitigten Immunität, sowie des Rechtes der eigenen Wahl des Vorsitzenden des Landesrates und der selbständigen Bestimmung der Tages- und der Geschäftsordnung.

Die Saar in Ketten.

Zur Kenntnis des Völkerbundes.

Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Köln. Zeitung“: Der Völkerbund und der Völkerbundsrat seien auf folgendes Schreiben aufmerksam gemacht, daß der in Saarbrücken sitzende Direktor der „Sûreté publique“ Adler — er ist trotz seines deutschen Namens Franzose — am 4. Juli d. J. im Auftrag des Präsidenten der Regierungskommission an den französischen Oberkommissar in Koblenz gerichtet hat. Das Schreiben lautet in der Uebersetzung:

„Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die nationalen Verbände des Saargebiets sehr lebhaft damit beschäftigt sind, unter den zahlreichen Turnvereinen des Gebiets dafür zu werben, daß nach München die größtmögliche Zahl von Vereinen oder Gruppen zur Teilnahme an dem Turnfest entsandt wird, das dort in der Zeit vom 12. bis 17. Juli abgehalten wird. Man meldet, daß am 10. und 11. d. M. zu diesem Zweck gemietete Automobile von Saarbrücken bis zur Grenze des besetzten Gebiets die Turner bringen sollen, die bereit sind, die Reise zu unternehmen, und denen man angekündigt hat, daß Hindenburg, Ludendorff und der Kronprinz von Bayern in München anwesend sein werden. Nach den augenblicklich geltenden Verkehrsbestimmungen können die Bewohner des Saargebiets das besetzte Gebiet betreten, wenn sie im Besitz der roten Ausweiskarte sind, ohne daß sie nötig haben, einen Geleitschein von den Besatzungsbehörden oder den Behörden des Saargebiets anzufordern. Daraus ergibt sich, daß die so zusammengebrachten Turner aus dem Saargebiet ihre Reise von der Saar aus ohne besondere Ermächtigung unternehmen können. Ich stelle es Ihrer Erwägung anheim, ob es nicht angebracht ist, an den Grenzen des besetzten Gebiets eine Kontrolle einzurichten, die es ermöglicht, zwischen dem 10. und 11. d. M. die Gruppen zurückzuhalten, die sich nach München zu dem Turnfest begeben, und die in der Hauptsache wohl die Kleidung, Fahnen oder Abzeichen des Vereins tragen, zu dem sie gehören.“

Die „Köln. Zeitung“ bemerkt dazu: „Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die vom Völkerbund eingesezte Regierungskommission des Saargebiets sich nicht scheut, den französischen Delegierten in Koblenz zu bitten, die Saarbewohner einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit zu unterwerfen, die sie von sich aus nicht verhängen kann. Es bleibt dem Völkerbund überlassen, zu untersuchen, in welchem hohem Grade die Regierungskommission hier von ihren Verpflichtungen und ihrer Neutralität abgewichen ist. Im übrigen beweist das Schreiben nur wiederum, welche

enge Zusammenarbeit zwischen der Saarregierung und französischen Stellen

im Interesse der französischen Politik besteht.

Man wird sich erinnern, daß kurz vor dem Deutschen Turnfest in München die vollständige Absperrung der Rheinlande vom übrigen Deutschland erfolgte und daß plötzlich nur die Saarpässe an der Rheingrenze Gültigkeit hatten, in denen die Staatsangehörigkeit mit „Sarrois“ bezeichnet stand. Heute wissen wir, daß wir diese Maßnahmen und Spitzmähen Herrn Adler in Saarbrücken zu verdanken haben, der trotzdem heute noch seine Funktionen als Oberster Polizeiverwalter des Saargebiets ausüben darf. Hoffentlich wird sich für diesen Fall der Völkerbundsrat interessieren.

Nachdem durch diesen Brief die enge Zusammenarbeit zwischen Saarregierung und Rheinlandkommission einwandfrei feststeht, ist man berechtigt, diese Zusammenarbeit auch bei dem

Durchreiseverbot für Saardeutsche durch das besetzte Gebiet

anzunehmen. Das erste Verbot betraf bekanntlich den saarländischen Großindustriellen Dr. Köhling. Nunmehr hat die Rheinlandkommission — lies Tirard — ein gleiches Verbot für die Direktoren Paul Raabe, Heinrich Seegers und Friedrich Pfeilstücker, sämtlich in Homburg, erlassen. In der Begründung wird nur gesagt, daß ihre Anwesenheit für die öffentliche Ordnung und Sicherheit der Truppen von Nachteil sei. Hinter dieser unerhörten Maßnahme der Regierungskommission steht der Franzose Adler, der sich als Beauftragter des Herrn Tirard betrachtet. Wenn diese Methoden fortgesetzt würden, könnte damit mit der Zeit die Internierung aller unbequemer Saardeutschen erreicht werden. Daß dies eine unerhörte Verletzung und Verbiegung der Saarstatutbestimmungen und des Friedensdikats darstellt, steht außer Frage. Was wird der Völkerbund tun?

Zu dieser Angelegenheit nahm auch der Landesrat in seiner Sitzung vom 30. Oktober Stellung. Abg. Schmidt (Zentr.) führte aus: Ich bin der Meinung, daß diese Maßnahme der Interalliierten Rheinlandkommission die Rechte der Saarbevölkerung in erheblichem Maße verletzt,

und zwar das Recht der Freizügigkeit, das uns im Versailler Vertrag gewährleistet ist. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch über die Folgen sprechen, welche diese Maßnahme haben kann und haben wird. Die Herren Raabe und Seegers sind Direktoren des Homburger Eisenwerkes, des größten Werkes der Stadt Homburg. Das Homburger Werk gibt Tausenden von Arbeitern Arbeit und Brot. Es hat sein Hauptabzugsgebiet teils in Deutschland, teils im Auslande. Wenn ihm nun die Möglichkeit genommen wird, daß es in der Person seines Direktors mit seinen Abzugsstellen in Verbindung bleibt, so bedeutet das, daß in ganz kurzer Zeit der Absatz des Werkes aufhört und seine Arbeiter brotlos sind. Herr Pfeilstücker ist der Direktor der Industriebank in Homburg. Diese Bank hat Filialen im besetzten Gebiet, die von Homburg aus nicht mehr von demjenigen besucht werden können, der dazu berufen ist. In ganz kurzer Zeit wird es nicht möglich sein, die Industrie in Homburg mit Geld zu versorgen, wenn die Maßnahme gegen Herrn Pfeilstücker nicht verschwindet.

Auch der Abg. Schmeltzer (Lib. Volksp.) wandte sich gegen die Maßnahme, in der er ein bestimmtes System erblickt, da es sich in der Hauptsache gegen Mitglieder der Liberalen Volkspartei richtet. Er habe den nicht unbegründeten Verdacht, daß der Anstoß zu diesen Verboten aus dem Saargebiet selber stammt. Die Interalliierte Rheinlandkommission kennt die Herren Raabe und Pfeilstücker gar nicht. Unser Verdacht geht nach einer ganz bestimmten Richtung. Wir werden diese Linie verfolgen und werden sehen, ob im Saargebiet die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung hier gewahrt werden. In diesem Zusammenhang erwähne ich das Schreiben, das der Chef der Polizeiverwaltung angeblich an die Interalliierte Rheinlandkommission gerichtet hat. Wir werden diese Angelegenheit mit der vorliegenden aufgreifen. Wir nehmen an, daß der Brief echt ist, der unlängst veröffentlicht wurde. Es hat sich um nicht weniger gehandelt, als daß von Seiten eines Organs der Regierungskommission die Interalliierte Rheinlandkommission ersucht wurde, der Saarbevölkerung Schwierigkeiten zu bereiten. (Psst!) Das steht im Gegensatz zum Vertrage von Versailles. Wir müssen feststellen, ob jemand im Saargebiet ungestraft etwas derartiges unternehmen kann.

Ueber

Pakhsitanen an der Grenze der französischen Zone

teilt man der „Landesztg.“ u. a. folgendes mit:

Die bekannte erste Mannschaft der Borussia Neunkirchen hatte in Saar ihr Verbandsspiel absolviert und befand sich in diesem Zuge auf dem Rückwege. In Türkismühle trat ein Mann in das Asteil der Mannschaft und verlangte die Pässe zum Revidieren. Der Spielführer, Regis aus Neunkirchen, verweigerte dies im Hinblick darauf, daß sein Aeußeres gar nicht auf sein Amt als beauftragter Beamter der Pakskontrolle schließen lasse und bat ihn, sich auszuweisen. Darauf verließ der Zivilist das Asteil und kam mit einem uniformierten französischen Beamten zurück. Regis erklärte dem Zivilisten wörtlich: „Wenn Sie uns denungieren, sind Sie ein Lump.“ Er wurde darauf verhaftet und sofort abgeführt. Auf der Fahrt nach Ramborn kam es zu einem weiteren Zwischenfall. Zwei Spieler der Mannschaft standen auf dem Korridor des Zuges und unterhielten sich über das Türkismühler Intermezzo. Der eine machte eine Bemerkung: „Wenn unser früherer englischer Trainer Wilson dabei gewesen wäre, der hätte dem Kerl etwas auf die Nase geborzt.“ Dieses hörte ein Herr Wein- und Schuhreisender Albert Meyer aus Kolmar, wie die Saarbrücker Polizei bei der Ankunft des Zuges in Saarbrücken feststellte, der erklärte, der Zivilist in Türkismühle sei sein Freund und drohte wegen dieser „Beleidigung“ mit Festnahme. In Ramborn ließ er die beiden Fußballspieler als — Preussens verhaften. Im Verlaufe der nun folgenden Vernehmung wurden die beiden wieder freigelassen.

Solche Vorgänge beleuchten blühartig die Zustände an den künstlichen Saargrenzen.

Es war anzunehmen, daß die

Ruinenfahrten von Saarländern

fortgesetzt werden würden, nachdem Schmoll-Mendelssohn sich so dafür begeistert haben. Diesmal waren es, wie das Pariser „Journal“ kürzlich meldete, 17 „Saarbergleute“. Die Teilnehmer hätten von dieser Autoreise ein „Begeisterungstelegramm an Poincaré“ gesandt.

Der „Saar-Kurier“ ist glücklich darüber, diesen Bericht über diese Ruinenreise, zu der vermutlich die Bergwerksdirektion die Mittel beigegeben hat, veröffentlichen zu können. Die 17 Bergleute gehörten natürlich dem „Verband der Saarbergleute“ an, in dessen Mitte sich genügend viel Teilnehmer zu solchen „Informationsreisen“ bereit finden lassen werden. Da der „Saarbund“ mit dieser Reise in Verbindung gebracht war, sieht sich das Blatt

für westliche Orientierung zu der „Feststellung“ veranlaßt, daß der „Verband der Saarbergleute“ nicht der „Saarbund“ sei. Mit dieser „Feststellung“ möchte das Söldnerblatt den Anschein erwecken, als ob zwischen den beiden Richtertgründungen ein Unterschied wäre. Die vielen Namen dienen nur zur Irreführung. Für seinen „Saarbund“ möchte der „Saar-Kurier“ aber gern eine solche Reise veranstaltet sehen. Bedauernd stellt er fest, daß der „Saarbund“ bisher noch keine Gelegenheit hatte, die Ruinen im zerstörten Gebiete zu besichtigen. Sobald sich diese Gelegenheit jedoch biete, und das werde wohl bald sein, dann werde natürlich auch der „Saarbund“ eine Abordnung seiner Mitglieder zur persönlichen Kenntnisnahme der Zustände nach Frankreich schicken. Auch Herr Heinz hat sich, wie wir erfahren, bereits um einen Freifahrtsschein bemüht. Wir gönnen ihm diese Fahrt, denn während des Krieges hatte er als lauteſter Hurraſchreier leider keine Gelegenheit, die Schlachtfelder aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Nun kann er es mit französischer Unterstützung gefahrlos nachholen. Feigheit und Verrat wohnen also auch hier hübsch beisammen!

Wie wir an leitender Stelle mitteilen, versucht der nach Kolmar „Strafverſetzte“ Major Richter

eine sogenannte „Separatistenbewegung“ im Saargebiet

in Szene zu ſehen. Wie es die Franzosen in dem Rheinland tun, nämlich unter den verschiedensten Namen und mit Hilfe der verschiedensten künstlichen Kreaturen eine Bewegung vorzutäuschen, so auch im Saargebiet. Reinhard u. Genossen ſollen das „Aktionskomitee“ darstellen, während man die verschiedensten Organisationen und Einrichtungen benützt, um die Masse der Bevölkerung irrezuführen. In einer Funktionärversammlung beschloß der „Saarbund“, in eine aktive Unterstützung der rheinischen „Separatisten“ — gemeint ist damit das von Franzosen und Belgiern seit Jahren ausgehaltene Verbrechergesinde, das jetzt mit bestialischem Terror die rheinische Bevölkerung martert. Man kann daraus schließen, welche Kreaturen in dem „Saarbund“ vereinigt ſind — der Mordanklifter Kolmansperger ist einer seiner Repräsentanten! Dem „Saarbund“ ist natürlich unangenehm, daß dieser Beschluß bekannt geworden ist, deshalb bezeichnete er die Meldung über diesen Beschluß in der saarländischen Presse als Unsinn. Die weiteren Ausführungen in dem Dementi aber bestätigen die Richtigkeit dessen, was das „Dementi“ bestreiten möchte. Es heißt dort nämlich: „Nach wie vor ſind die Bestrebungen des Saarbundes nur darauf gerichtet, die Heimat ihren Bewohnern zu erhalten, eine von Ost und West unabhängige Autonomie zu ſchaffen, wie dies nach dem Friedensvertrag ermöglicht ist.“

Hierzu heißt es u. a. in der deutschen Saarpresse: Denn Landesverrat und nichts geringeres ist es, beim Bekanntsein des obigen Zieles noch Mitglied des Saarbundes zu werden oder zu bleiben. Autonomie des Saargebietes! Fürwahr, Herr Major Richter, Gründer des Saarbundes, „Wär Euer Plan nicht so verflucht geſcheit, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen“. Das ist allerdings die aktivste Unterstützung der rheinischen Separatisten, die ſich denken läßt. Und für die deutschen Strohmannen, die geführten Führer des Saarbundes, gilt daselbe, wie für die Herren Dorten, Smeets, Matthes und Konforten. In der größten Not ihres Volkes und ihres Vaterlandes unterhalten ſie Bestrebungen, die schmachvollen Verrat an diesem bedeuten. Das ſeine nationale Empfinden des gebildeten Franzosen wird nur Verachtung für ſolche Perſonen aufbringen, die um ein paar Frankensilberlinge die Erstgeburt ihrer Volksgemeinschaft verkaufen.

Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man, um Dumme einzufangen, ſo ſchnell man perſönlich die Farbe gewechselt, nun die Namen für die Organisation ändert. Zunächst nur Saarbund mit verschiedenen Sektionen, dann als dieſe Firma keinen Kredit mehr zu verlieren hatte, Saarverband der Fahrhauer und dergl. Später hieß es dann Saargentralverband der Bergbauangestellten und Beamten, danach Saargentralverband der technischen und Bürogehilfen und daneben die Saarverbände der Bergarbeiter, zuletzt noch eine Konkurrenzgründung des um die Verbreitung der französischen Schulen in Heiligenwald, Neden und Schiffweiler „ſo ſehr verdienten“ Cheſingenieurs und jehigen Personaldirektors.

Besonders rühmlich tut ſich neben einigen französischen Ingenieuren der einzige Hinterbliebene der preußischen Bergassessoren, ein Herr Rosenbed, deutscher Reſerveoffizier, hervor, der nicht bloß auf dem Dienstwege Liſten zum Einzeichnen für den Saarbund in den Dienſträumen den eingeschüchterten Angestellten vorlegen läßt, ſondern auch die einzelnen Angestellten, die den Mut haben, „Nein“ zu ſchreiben, in geeigneter Weiſe perſönlich „bearbeitet“. In ähnlicher Weiſe haben ſich die beiden Oberſteiger Ledig und Muſeler der Viktoriaarbeiten verdient zu machen verſucht.

In Neden iſt Fahrhauer Kuſ für die Einführung des Saarbundes zum Steiger befördert worden. So ſieht die von der französischen Bergverwaltung vor der Uebernahme

der Gruben ſchriftlich und feierlich zugeſicherte poſitiſche und Koalitionsfreiheit aus.

Die Anhänger der ſaarländiſchen Autonomiebewegung, das ſind alle Mitglieder des Saarbundes und ſeiner verſchiedenen Saargentralverbände, müſſen ſich bei der Klarheit des Zieles ihrer Bewegung bald entſcheiden, ob ſie zur Zerstückelung ihres Vaterlandes durch Treuloſigkeit und Verrat die Hand bieten, oder ob ſie ſich auf die Bande des Blutes, der Sprache, der Sitte und Kultur beſinnen wollen, die ſie unlöslich mit der deutſchen Volksgemeinſchaft verbinden und in Zeiten ernſter Entſcheidungen ſich ſo verhalten, daß ihre Nachkommen ſich ihrer nicht zu ſchämen brauchen und die Geſchichte ihren Namen nicht mit dem ſchlimmſten Mal der Schande bedecken wird.

Man muß es den Franzosen aber laſſen: ſie arbeiten zielbewußt und ſyſtematiſch an der Annexion des Saargebiets.

Hand in Hand mit dieſen Judasjüngern arbeitet auch ein Teil der ſaarländiſchen Landwiſchaft. Es ſcheint aber, daß dort ſich eine reinliche Scheidung vollzieht.

Sector, der Erzverräter und Meineidminister,

übt noch einen gewiſſen Einfluß auf die Landwirte des Saarlouiser Kreiſes aus. Dieſe waren kürzlich in Saarlouis zu etwa 13 Perſonen verſammelt, um zu wichtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Der wichtigſte Beſchluß ging dahin, die Regierungskommiſſion zu erſuchen, dafür einzutreten, daß der Stadt Saarlouis die franzöſiſche Garniſon im Intereſſe der Vermehrung und Verbilligung der — Düngerbeſchaffung erhalten bleibt! Das iſt kein Scherz, das iſt bittererſter Beſchluß einer Verſammlung der „Freien Bauernſchaft“ des Kreiſes Saarlouis, der mit Zweidrittel-Mehrheit gegen drei Stimmen und bei mehreren Stimmenthaltungen geſaßt wurde. Das ging den übrigen Ortsgruppen denn doch über die Huſchnur. In einer Verſammlung der Ortsgruppen Saarbrücken-Saarpfalz und Ottweiler-St. Wendel ging man dem Ortsgruppenvorſitzenden von Saarlouis, Wagner (der Freund und Geſinnungsgenoſſe Schmolls), und dem Geſchäftsführer der „Freien Bauernſchaft“ hart ins Gericht. Von letzterem wurde ausgeführt, es ſei unerhört, daß der Geſchäftsführer der F. B., Herr Reuther, in Saarlouis einen Verſammlungsverlauf, wie geſchehen, zugelassen habe, einschließlich der lächerlich wirkenden „Miſtreſolution“, durch die die ganze Landwiſchaft des Saargebiets ohne ihr Verſchulden vor aller Welt bloßgeſtellt worden ſei. Die Herren Wagner und Reuther hätten von der Leitung der F. B. zurückzutreten, weil ſie die F. B. ſchwer ſchädigten. Die F. B. des Saargebiets ſei gut deutſch und der Regierung gegenüber loyal. Demgemäß wurde eine Entſchließung angenommen, in der es heißt: „Auf Grund beſchämender Vorkommniſſe der Kreisverſammlung in Saarlouis, inbeſondere auf Grund der Vorwürfe gegen den Ehrenvorſitzenden der F. B., Herrn Marſchall, und den Kreisvorſitzenden, Herrn Schüttler, und des Verlangens in dieſer Verſammlung, die Genannten aus der F. B. auszuschließen, ferner auf Grund des bisherigen unglaublichen Verhaltens der Herren Wagner und Reuther verlangen die Bezirke Homburg und St. Ingbert ſowie der Kreis Saarbrücken von dem Ehrenvorſitzenden der F. B. die ſofortige Einberufung des Landesvorſtandes, friſtloſe Entlaſſung des Herrn Reuther ohne Kündigung und Ausſchluß des Herrn Wagner aus der F. B., ſowie Neuwahl des Landesvorſitzenden, zunächſt vorläufig. Außerdem verlangen die drei Kreiſe, daß innerhalb zweier Wochen die ſämtlichen Kreisvorſitzenden ihre Ämter niederlegen und möglichſt ſchnell die endgültige Neuwahl des Landesvorſitzenden ſtatfindet.“

Dieſe Entſchließungen wurden mit brauſendem Beifall angenommen. Mit einem Schlußwort des Verſammlungsleiters erreichte die Verſammlung ihr Ende. Nach Schluß der Verſammlung ſprach noch Herr Schmoll-Saarbrücken einige Worte, nachdem er in der Verſammlung nicht ſprechen durfte weil es ſich lediglich um eine F. B.-Verſammlung handelte. Die Mehrzahl der Verſammlungsteilnehmer verzichtete auf Herrn Schmolls Ausführungen.

Ein neues „Saar-Freund“-Verbot.

Eine Verfügung der Regierungskommiſſion vom 3. d. M. ordnet unter Bezugnahme auf Artikel 6 der Verordnung vom 18. Juni 1923 betr. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Saargebiet (Ersatz-Notverordnung) an:

Die Einfuhr, auch in verſchloſſenen Briefen durch die Poſt, ſowie der Vertrieb im Saargebiet der periodiſchen Schriften „Der Saarfreund“, erſcheinend in Berlin, „Der Wahre Jakob“ in Stuttgart und der „Simplizissimus“ in München werden bis auf weiteres verboten. Mit der Ausführung dieſer Anordnung iſt der Direktor der Oberſten Polizeiverwaltung beauftragt worden.

Das Verbot ſtützt ſich auf die Ersatz-Notverordnung, von der, wie die „Saabr. Ztg.“ zu dem Verbot bemerkt, man der Anſicht war, daß ſie ſtillſchweigend nach der Kritik im engliſchen Unter-

hause und im Völkerrundrat verschwinden würde. Dem scheint also nicht so zu sein, so daß hier zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung noch immer die Ausnahmebestimmungen bestehen.

Das Verbot des „Saar-Freund“ ist auf die Einwirkung des Herrn Schmoll zurückzuführen. In der Nummer vom 1. Oktober hatte der „Saar-Freund“ nämlich mitgeteilt, daß die Ruinenfahrten im Interesse der französischen Propaganda unter dem Protektorat des Herrn Schmoll ausgeführt wurden. Die Feststellung dieses neuen „Ehrentitels“ des Herrn Schmoll hat diesen so gewürmt, daß er ein Erscheinungsverbot für den „Saar-Freund“ bis auf weiteres erwirkte! Die Wahrheit wird aber Herr Schmoll dennoch nicht unterdrücken.

Die Schmollianer

versuchen unter allen Umständen, größeren Einfluß auf die politischen Verhältnisse zu gewinnen. So beschloß der Haus- und Grundbesitzerverband für das Saargebiet, bei den kommenden Landesratswahlen nicht mit den politischen Parteien zu gehen, sondern eine eigene Liste aufzustellen, die, wie im ersten Fall, die Unterstützung der Franzosen finden wird. Auch eine Zeitung wollen diese Herrschaften gründen, die nach dem Eingehen des „Saarbr. Tageblattes“ ohne Presseorgan sind. Die in Saarlouis im Kreise der dortigen Freien Bauernschaft stattgehabten Verhandlungen haben „im engeren Kreise“ auch den Beschluß gezeitigt, dem neuen Zeitungs- und Druckerei-Unternehmen wohlwollende Förderung zuteil werden zu lassen. Verhandlungen hierüber sind mit dem Zweibrücker Zeitungsverlag, der das neue Unternehmen betreibt, demnächst zu erwarten.

Neue Ausweisung.

Dem Sekretär der Kriegsbeschädigten-Organisation Gräff ist der weitere Aufenthalt im Saargebiet unterlag worden, nachdem er nahezu ein Jahr lang hier tätig gewesen ist.

Die Opfer französischer Schandjustiz.

Die Arbeiter Sakraschinsky und Burger, beide aus St. Ingbert, sind nach jahrelanger Zwangsarbeit aus dem französischen Gefängnis entlassen worden. Sakraschinsky ist bereits in St. Ingbert wieder eingetroffen. Er war im Jahre 1919 wegen eines Zusammenstoßes mit einem französischen Wachposten zu 20 Jahren Zwangsarbeit und Verbannung verurteilt worden. Er wurde auf Betreiben aller in Betracht kommenden Faktoren endlich auf freien Fuß gesetzt, ebenso der bei derselben Affäre unschuldig verurteilte Burger, Sohn des alten Kaspar Burger in St. Ingbert. Auch dieser ist bereits aus dem Gefängnis entlassen und wird nach Herstellung seiner Gesundheit (ein Beweis, welcher Behandlung er unterworfen war!) in den nächsten Tagen hier erwartet. Damit findet ein Drama sein Ende, das viel Leid über die beteiligten Familien gebracht hat.

In einer vom Afa-Bund und dem A.D.G.B. veranstalteten Massenkundgebung gegen die Teuerung und den Wucher wurde wiederum die dringende Forderung an die Regierungskommission nach einer

Reform des Schlichtungswesens

im Sinne der deutschen Sozialgesetzgebung, deren wesentliche Verbesserungen im Saargebiet noch immer keinen Eingang gefunden haben, erhoben. In der Entschließung heißt es: „Die Versammelten verlangen von der Regierung endlich eine durchgreifende Reform des Schlichtungswesens mit dem Ziel eines selbständigen Rechtes der Schlichtungsausschüsse, in allen Lohnstreitigkeiten eingreifen zu können, und einer amtlichen Stelle zur Verbindlichkeits-Erklärung von Schiedssprüchen.“

Der soziale Friede im Saargebiet wird noch immer aufs stärkste beeinträchtigt durch das Fehlen einer zwingenden Schlichtungsinstanz, wofür der große Bergarbeiterstreik der beste Beweis ist.

Major Stephens,

der an Stelle des zurückgetretenen Herrn Waugh ernannte kanadische Mitglied der Regierungskommission, ist am 29. Oktober in Saarbrücken eingetroffen, nachdem er sich vorher in Genf beim Völkerrundrat vorgestellt hatte. Er übernimmt wie sein Vorgänger die Abteilung Finanzen und Fiskus. Es geht ihm ein ausgezeichnetes Ruf als Finanzfachverständiger voraus. Nachdem die Saargebietsbevölkerung mit Herrn Waugh die besten Erfahrungen gemacht hat, bringt sie auch seinem Landsmann, Major Stephens, weitgehendes Entgegenkommen entgegen. Sie begrüßt seine Ankunft in der Ueberzeugung, daß er eine gleiche Unparteilichkeit wie Herr Waugh an den Tag legen und Verständnis bekunden wird für die mancherlei Wünsche und Beschwerden einer Bevölkerung, die auf Grund eines einseitigen Diktats einer landfremden Regierung unterstellt wurde. Die Saarbevölkerung ist bereit, das hat sie mehrfach bekundet und bewiesen, daß sie bereit ist, loyal mit der Regierungskommission zusammenzuarbeiten, erwartet aber die Achtung ihrer Rechte und die Förderung ihrer Wohlfahrt. Herr Major Stephens wird hierzu das richtige Verständnis und den guten Willen mitbringen.

Das Saargebiet unter Herrschaft des Völkerrundes.

So lautet der Titel eines längeren Aufsatzes, der in holländischer Sprache geschrieben, uns jetzt in Buchform vorliegt. Seine ursprüngliche und eigentliche Bestimmung wie sein Hauptwert liegt darin, daß der in Holland wie in internationalen Kreisen wohlbekannte „Bond voor internationale Humaniteit en Gerechtigheid“ hinter dem Autor steht und das Werk mit einer Adresse den holländischen Staaten-General als Material zur Beurteilung des Saarproblems überreicht hat.

Selbsterständlich ist es, daß der Bund und der in seinem Namen berichtende Verfasser dieses Werkes über das Saargebiet unter Herrschaft des Völkerrundes sich fernhält von jeder Parteilichkeit, ja von allen naheliegenden Schlussfolgerungen und Zukunftsprophetisierungen politischer Natur. Hier wird in rein sachlicher Weise an der Hand sachlicher dokumentarischer Feststellungen vorgeführt, was im Saargebiet von Beginn der Franzosenherrschaft bis zum März dieses Jahres in systematischer Folge geschehen ist, um trotz eindeutiger Verordnungen des Friedensvertrages das Saargebiet seines Deutschturns zu berauben. Der Verfasser des Werkes schöpft natürlich auch aus deutschen Quellen, soweit sie seiner ehrlichen Ansicht nach objektiv feststehendes Material bieten; aber auch das Amtsblatt der Saarländischen Regierungskommission, ihre Rapporte an den Völkerrund und die französischen politischen Stimmen sind ihm Fundgruben zur Bereicherung seiner Forschungen, und ebenso sehr benützt er das, was im neutralen Auslande zur Saarfrage festgestellt wurde. Es ist also nicht seine Absicht und seine Schuld, wenn seine Arbeit den Leser zu dem Schlusse bringt: der Völkerrund, dem das Saargebiet zu treuen Händen übergeben wurde, hat seine Pflicht nicht getan. Die Saarregierung, die diesem Völkerrunde verantwortlich ist, treibt unter dem ständigen Einfluß von Paris eine rein französische von der Rücksicht auf des Saarlandes Wohl und Wehe in keiner Weise berührte Politik. Das Saarvolk muß materiell und seelisch zugrunde gehen, wenn dieses politische System bis zur großen Volksabstimmung nach jetzt noch zwölf Jahren in Wirkung bleibt.

Der Verfasser geht rein chronologisch zu Werke und übergeht keine irgendwie charakteristische Phase der saarländischen Schicksals-tragödie in ihrer Entstehung und Auswirkung. Er verkündet es aber auch nirgends, an der Hand des Versailler Vertrages nachzuweisen, wie jeder einzelne Punkt neben dem göttlichen und menschlichen Recht auch den geschriebenen Verordnungen jenes für Deutschland so katastrophalen Vertrages in Ausführung und Endziel widerspricht. So berichtet er historisch über den ebenso künstlich wie perfide geschaffenen Begriff „Saarbewohner“, der eine Anzahl von Deutschen seiner staatsbürgerlichen Rechte beraubt, während alle Fremden dieselben ausüben dürfen; so behandelt er das Willkürsystem der Ausweisungen und die vertragswidrige Dauerbesetzung des Saargebietes durch französische Truppen; so bespricht er die Beamtenfrage, d. h. die Vergewaltigung deutscher Beamten zugunsten der Franzosen; so die Währungsfrage, die Arbeiterfrage usw. bis zur Einrichtung einer sogenannten „Volksvertretung“ unter der diktatorischen Macht der Regierungskommission.

In schlichtem Rahmen sehen wir hier das ergreifende Bild der Saartragedie in bescheidenen, aber um so ergreifenderen Farben gemalt durch einen Autor, dem nur Gerechtigkeit und Menschlichkeit die Feder führen, und der nichts beabsichtigt, als die internationale Aufmerksamkeit auf eine verhängnisvolle politische Episode von höchster internationaler Bedeutung zu lenken.

Eine moralische und materielle Verurteilung der Verwaltung der Saararuben.

Am 26. Oktober standen vor dem Berggewerbegericht in Sulzbach zwei Klagen von aus dem Streik nicht wieder eingestellten Bergarbeitern gegen die Bergwerksdirektion zur Verhandlung.

Es wurde beantragt, die Bergwerksdirektion zu verurteilen, dem Kläger zu 1 den Lohn von dem Tage, an dem die technischen Voraussetzungen zur Wiedereinstellung gegeben waren, zu zahlen und ihn wieder einzustellen, und dem Kläger zu 2 von dem Tage der Möglichkeit der Wiedereinstellung bis zu dem Tage, an dem er seine Entlassungspapiere nahm, den Lohn, den er verdient hätte, wenn er gearbeitet haben würde, zu zahlen. Der Vertreter der Bergwerksdirektion wurde um Angabe der Gründe ersucht, die nach Ansicht der Bergverwaltung für die Nichtwiedereinstellung maßgebend seien. Der Vertreter der Beklagten führte zu 1 an, daß der Kläger in dem dem Streik vorhergehenden Jahre anstatt 10 Franken im Gebirge nur 9,20 Franken verdient hätte und

fters wegen Krankheit gefeiert habe. Damit wäre der Beweis eines minderleistungsfähigen Arbeiters erbracht und die Verwaltung hielte sich für berechtigt, diesen Arbeiter nicht wieder einzustellen. Bei dem Kläger zu 2 konnte die Beklagte Beweise für die Nichtwiedereinstellung überhaupt nicht angeben. Nach längerer Auseinandersetzung zwischen dem Vertreter der Beklagten und den beiden Vertretern der Bergarbeiterverbände zog sich das Gericht zur Beratung zurück und verkündete nach halbstündiger Beratung folgenden Beschluss:

Die Beklagte wird dem Grunde nach verurteilt, den Klägern entsprechend den gestellten Anträgen den Lohn nachzuzahlen und den Kläger zu 1 wieder einzustellen. (Der Kläger zu 2 verzichtet auf die Wiedereinstellung.) Das Gericht sprach ihm aber den Lohn für die Dauer der Beschäftigungsmöglichkeit zu.

Mit diesem Urteil, das von der Bergwerksdirektion zwar mit Berufung angefochten werden kann, ist ihre moralische Beurteilung aber unanfechtbar, denn es ist durch die Beweisaufnahme einwandfrei festgestellt, daß wichtige Gründe für die Nichtwiedereinstellung dieser Leute nicht maßgebend waren. Wenn durch das Gerichtsverfahren die Verwaltung in den weiteren Fällen gezwungen wird, die Beweise für ihre Maßnahmen zu erbringen, so wird sie zweifellos noch weitere moralische Niederlagen erleiden.

Personalnachrichten.

Der frühere Mitinhaber und Verlagsdirektor der „Saar-Post“, Emil Schuer, ist nach langem Leiden in Trier im Alter von 57 Jahren verstorben. Mit dem Verstorbenen ist ein Mann dahingegangen, der sich um das katholische Leben der Großstadt Saarbrücken, wie des ganzen Saargebietes, große und unvergängliche Verdienste erworben hat. Ein besonderes Feld seiner politischen Tätigkeit war die Kommunalpolitik, in der er, wie kaum ein anderer, zu Hause war. Wenn er auch in der Öffentlichkeit weniger hervortrat, so arbeitete er im stillen mit um so zäherer Energie und festerer Entschlossenheit. Im Jahre 1904 gründete er auf ergangene Anregung aus Parteikreisen aus rein idealen Gesichtspunkten heraus die „Saar-Post“. Späterhin wurde das Unternehmen in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Als Mitinhaber und Verlagsdirektor gehörte er der Gesellschaft bis 1919 an, wo er infolge einer schweren, heimtückischen Krankheit genötigt wurde, die ihm liebgeordnete Tätigkeit aufzugeben, sehr zum Bedauern der Angestellten und Arbeiter der Firma. Als Mensch war der Heimgegangene eine völlig geschlossene Persönlichkeit. Alle, die Gelegenheit hatten, mit ihm zusammen zu arbeiten, schätzten seine persönliche Liebenswürdigkeit und sein überaus ruhiges und bescheidenes Wesen. Nichts war ihm zuwiderer, als Heuchelei und innere Unehrlichkeit. Das Bild der Persönlichkeit des Heimgegangenen wäre nicht vollständig, wollte man seine treudeutsche Gesinnung unerwähnt lassen. Während des großen Krieges gab er viele rührende Beweise dafür. Wer den Heimgegangenen in seiner innersten Gesinnung genau kannte, der weiß, daß das Unglück seines Vaterlandes schwer auf ihm lastete. Er hat gearbeitet, bis seine letzten Kräfte aufgebraucht waren. An seiner Bahre trauern seine treue Gattin und ein Töchterlein.

Dienstjubiläum. Sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum als staatl. Schleusenmeister beging dieser Tage der in weiten Kreisen bekannte und beliebte Leiter der Saarschleuse an der Rosenanlage, Herr Matth. Manstein in Saarbrücken. — Sein 25jähriges Dienstjubiläum beging am 1. Oktober Banddirektor Hermann Fehner vom Bankhaus Gebr. Köhling in Saarbrücken. — Am 1. Oktober konnte Direktor Bischoff, Direktor der Einkaufsabteilung der Dillinger Hütte, auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit bei diesem Werke zurückblicken.

Fabrikant Karl Becker in Cottbus ist am 29. September verstorben. Er war ein eifriger Förderer unserer Saarsache, der er sich mit warmem Herzen annahm. Besonders eifrig betätigte er sich an der Aufbringung von Mitteln zur Fortsetzung unserer Arbeit. Wir haben durch seinen Tod einen treuen Freund und Mitarbeiter verloren. Sein Andenken wird uns teuer sein.

Kirchliche Personalien. Als Pfarrer von Rieg, Kr. Kochern, wurde Kaplan Schuh aus Friedrichsthal ernannt, wo er 3½ Jahre gewirkt hat.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Die Bevölkerungsziffer der Stadt Saarbrücken betrug Anfang Oktober 119 844 gegen 119 345 Anfang September. Der Geburtenüberschuß betrug 120, die Zahl der mehr Zugewonnenen 379. — Unsere Kreisparlase in der Gerichtsstraße ist im Laufe der Sommermonate einem umfassenden Erweiterungsbau unterzogen worden, der kürzlich zum Abschluß gebracht worden ist und dem Verkehr des Instituts übergeben werden konnte. An Stelle des kleinen Kassenlokals, in dem das Direktorzimmer und ein Konferenzraum untergebracht sind, ist jetzt in dem Anbau eine geräumige Kassenhalle entstanden, die durch ein Glasdach reichlich belichtet wird.

Güdingen. An der Güdinger Schleuse kam es im Verlauf eines heftigen Streites zwischen Schiffen zu einer Schlägerei, bei der ein älterer Schiffer französischer Nationalität tödlich getroffen wurde. Der Täter, ebenfalls ein Franzose, wurde durch französische Gendarmerie verhaftet, nachdem er auf die deutsche Polizei ebenfalls geschossen hatte.

Dudweiler. Das Fest der goldenen Hochzeit begingen die Eheleute Johann Henritus und Margarete geb. Schmitt, beide 74 Jahre alt. 4 Kinder, 16 Enkel und 7 Urenkel konnten dem Jubelpaar ihre Glückwünsche aussprechen.

Dudweiler. Zwischen Camphausen und Neuhaus wurde die Leiche des 57 Jahre alten früheren Steigers Matth. Utter aus Bedingen aufgefunden. Er war über 30 Jahre in Amerika und hatte sich dort soniel erworben, daß er hier als Rentner sein Leben fristen konnte. Wie die Ermittlungen ergeben haben, liegt ein Verbrechen nicht vor.

Dillingen. Der bekannte Wein- und Spirituosenhändler Alfons Engel hat im Alter von 60 Jahren infolge ehelicher Zerwürfnisse und finanzieller Schwierigkeiten sein Leben durch Erschießen selbst beendet.

Merzig. Ein vielbegehrter Posten scheint das Amt des Bürgermeisters von Hildringen zu sein. Für diesen vakanten Posten haben sich bis jetzt schon 30 Beamte gemeldet, und zwar meistens Bürgermeisterstellvertreter.

Mettlach. Ein Massensterben der Saarfische, wie es zurzeit in allen Orten an der unteren Saar beobachtet wird, ist seit Menschengedenken nicht mehr vorgekommen. Das Unglück scheint durch unvorsichtiges Ablassen eines industriellen Klärweihers entstanden zu sein, aus welchem die giftigen Substanzen zu früh in das Stromwasser gelangten.

Bedingen (Saar). Zu Tode gestürzt ist eine hier wohnhafte Ehefrau, als sie in den Keller gehen wollte und auf der Treppe ausrutschte. Ein Genickbruch führte den sofortigen Tod der bedauernswerten Frau herbei.

Saarwellingen. Hinter einem Hause in der Saarlouiser Straße war ein Draht der Starkstromleitung zerrissen. Das dreijährige Kind der Familie Joh. Hoffmann sagte nach dem Draht und wurde durch den elektrischen Strom auf der Stelle getötet.

Neunkirchen. Ein räuberischer Überfall wurde in früher Morgenstunde auf dem Wege nach Spiesen auf eine junge Frau, die ihr Rad führte, in der sogenannten Spieserhölz von einem jungen Burschen verübt. Auf die lauten Hilferufe hin lief der Straßenräuber von ihr ab, ergriff die Handtasche und lief davon. — Anfang Oktober konnte das Kaufhaus Boos in der Stummstraße auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

St. Wendel. In nächster Zeit wird mit den Arbeiten für die neu zu erbauenden Zollbahnhöfe an der Grenze des Saargebietes begonnen, und zwar zunächst in Einöd (Saar) und Limbach (Kreis Saarlouis) und später in Homburg, Merzig und St. Wendel.

St. Wendel. Eine ganze Reihe neuer Landjägerstationen sind errichtet worden, so im Kreise St. Wendel in den Orten Alswiller, Winterbach, Oberthal, Uexweiller, Ober- und Niederlingweiler, sowie an der Grenze in Roschberg und Eisweiler bei Ramborn. Man scheint also die erforderlichen Mannschaften für das Landjägerkorps nach und nach doch zusammenzubringen.

St. Wendel. Der Harschberger Hof hat seinen Besitzer gewechselt; jetziger Inhaber ist der Landwirt Winter aus Schwalbach. Der Hof ist mit seiner Mikrowirtschaft und den ausgedehnten Kartoffelländereien von großer Wichtigkeit für die Versorgung der Stadt.

St. Wendel. Ein größerer Brand brach abends in der zehnten Stunde im Gilscherschen Anwesen in der Gymnasialstraße aus. Obwohl die Feuerwehr rasch eingriff, ist der Dachstuhl größtenteils niedergebrannt und erheblicher Sachschaden im Innern des Gebäudes entstanden. Ueber die Ursache des Feuers ist noch nichts bekannt.

Homburg. In früher Morgenstunde fand man auf dem Bahnkörper der Strecke nach St. Ingbert eine stark verstümmelte Leiche. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, die ergab, daß es sich um einen Bierbrauer aus Geislauren handelte. Ob der Mann, der in den vierziger Jahren steht, freiwillig den Tod auf den Schienen gesucht hat, war noch nicht festzustellen.

Aus dem Vereinsleben.

Rundgebung des Magdeburger Saargebietes für das Saargebiet.

Am 10. Oktober veranstaltete die im Mai d. J. gegründete Ortsgruppe Magdeburg und Umgebung des Bundes Saargebiet ihre erste öffentliche Versammlung.

Oberregierungsrat Dr. Bindewald eröffnete sie mit einer Ansprache, in der er die Ziele des Bundes darlegte: Erhaltung des Deutschtums im Saargebiet und Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Deutschen Reich. Um die um diese Ziele ringende reindeutsche Bevölkerung des Saargebietes zu unterstützen, sei die Aufklärung aller Schichten des deutschen Volkes notwendig. Dieser Aufklärung solle der Abend dienen.

Nachdem das vom Wullstein-Doppelquartett stimmungs-
vorgetragene Lied „Heimat“ verklungen war, ergriff

Rechtsanwalt Giersberg (Magdeburg),

der bis Ende 1921 in Saarbrücken tätig war, das Wort zu längeren
eindrucksvollen Ausführungen, in denen er u. a. sagte: Der Frie-
densvertrag habe als „wirtschaftliche Wiedergutmachung“ die
Kohlengruben des Saargebietes an Frankreich übertragen und das
Land in das französische Zollsystem eingegliedert, die von Frank-
reich erstrebte Annexion aber bisher verjagt. Er habe das Land
politisch dem Deutschen Reich nicht entzogen, allerdings seine
Verwaltung dem Völkerbund übertragen. Fünfzehn Jahre
lang, bis zu einer dann vorgesehenen Abstimmung, es ihm aber
als einem unparteiischen Treuhänder übertragen, um die Rechte
und die Wohlfahrt der Bevölkerung, andererseits die Ausbeutung
der Kohlengruben durch Frankreich zu sichern. Die vom Völker-
bund eingeleitete Regierungskommission aber habe in-
folge des ihr übertragenen Einflusses der Deutschland feindlichen
Mitglieder, insbesondere des Mißgriffes, zum Präsidenten das
französische Mitglied zu wählen, keine treuhänderische
Verwaltung, sondern französische Politik getrieben
und die Schutzbestimmungen des Versailler Vertrages
verletzt. Entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages
habe sie die französischen Truppen im Saargebiet belassen,
das Wüten der Kriegsgerichte gegen die Bevölkerung ge-
duldet und erst auf Druck von Genf ihre Tätigkeit
eingeschränkt mit dem Vorbehalt, sie beim Belagerungs-
zustand wieder in Kraft treten zu lassen. Entgegen dem deutschen
Gesetz, das nach dem Friedensvertrag in Geltung bleibe, habe sie
Landeseinwohner in Massen des Landes ver-
wiesen, die leitenden Stellen der Verwaltung und den obersten
Gerichtshof mit Ausländern besetzt und regiere so diese auf höch-
ster Kulturstufe stehende Bevölkerung als französische
Kolonie. Sie sei bestrebt, einen Sonderstaat zu schaffen, ob-
wohl die Staatsangehörigkeit der Bewohner die deutsche geblieben
sei, durch Schaffung einer Saareinwohnereigenschaft
und Behandlung des Deutschen Reiches als Ausland, und habe
den Schutz der Saarländer im Ausland Frankreich übertragen.
Gleichzeitig habe sie durch Zoll, Kohle und die Einführung des
Franken als gesetzliche Währung das Land gezwungen, sich wirt-
schaftlich nach Westen zu orientieren. Schließlich habe sie ver-
sucht, die Schule zu verweltlichen. So versucht sie, die
Annexion für Frankreich zu erreichen, alles ent-
gegen den Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Redner
zeigte dann weiter, wie selbst die Bestimmungen des
Friedensvertrages durch Lug und Trug er-
schlichen worden seien: durch die Fälschung einer
Saaradresse und die unwahre Behauptung, daß die Kohlen-
gruben Nordfrankreichs nicht als notwendige Kriegsmahnahmen,
sondern zur Lahmlegung der französischen Industrie zerstört wor-
den seien. Der Redner gab dann ein Bild des Verhaltens
der Bevölkerung. Entschlossener Kampf gegen
alle Uebergriffe, getragen von den Parteien, wirtschaft-
lichen Organisationen, Gemeinden, Städten, Kreistagen und dem
neugegründeten Landesrat, der leider nur begutachtende Stimme
habe, die nie beachtet worden sei. Innere, parteipolitische oder
wirtschaftliche Gegensätze, Arbeiter- und Arbeitgeberstandpunkt
treten zurück, wo es gilt, das Deutschtum zu wahren. Für die
Männer und Frauen an der Saar stehe der Feind
nicht rechts oder links, sondern an Saar, Rhein und
Ruhr eingebrochen aus Frankreich, und so werde man
dort nicht verstehen, wenn bei einer vaterländi-
schen Kundgebung nach der innerpolitischen Ein-
stellung eines Redners gefragt werde. Diese
Einigkeit auch hier zu finden, damit das Deutsche Reich er-
starke und seine Grenzmarken, die treu zu ihm stehen, wieder
schirmen könne, war die Schlussmahnung des Redners. — Die
vaterländische Erhebung, die der Vortrag sichtlich auslöste, kam
zum Ausdruck in dem Liede des Wullstein-Doppelquartetts: „Das
treue deutsche Herz“, und den Schlußworten des Leiters der Ver-
sammlung, der darauf hinwies, daß in diesen Tagen die politischen
Parteien des Saargebietes Deutschland zur Einigkeit aufgerufen
haben, und den Klängen des gemeinschaftlich gesungenen
Deutschlandliedes. Aus den geschäftlichen Mit-
teilungen tragen wir noch nach: Der Bund Saarvere-
in besitzt über 90 Ortsgruppen im Reich. Er kämpft für das
Saargebiet im Inland und im Ausland. Insbesondere hat er in
Amerika aufklärend gewirkt. Parteipolitische Bestrebungen sind
ausgeschlossen. Er fordert alle Deutschen, nicht etwa nur
Saarländer auf, Mitglied zu werden und ihn durch Geldzuwen-
dungen zu unterstützen. Anmeldungen wolle man richten an
„Bund Saarverein, Ortsgruppe für Magdeburg und Umgebung,
Scharnhorststraße 11, oder Rechtsanwalt Giersberg in
Magdeburg, Breiter Weg 260, wo auch Geldspenden ange-
nommen werden.

Ortsgruppe Halle des Bundes „Saar-Verein“. Der Wohl-
tätigkeitsabend im Schützenhaus am 4. Oktober 1923, über
dessen Verlauf wir im „Saar-Freund“ bricht haben, hat
ein glänzendes Ergebnis gezeitigt, indem die Ortsgruppe Halle
einen Reingewinn von rund 60 Millionen Mark zu verzeichnen
hat. Die Ortsgruppe Halle darf auf dieses Ergebnis stolz sein.
Ihr tatkräftiges und unermüdetes Wirken darf allen anderen
Ortsgruppen ein leuchtendes Beispiel zur Nachahmung empfohlen
werden. Der Betrag ist der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über-
wiesen und zunächst in wertbeständigen Papieren angelegt worden,
da infolge der katastrophalen Geldentwertung eine praktische Ver-
wendung zurzeit ausgeschlossen erscheint. Ueber die Verwendung
selbst wird später seitens des Vorstandes und des Aufsichtsaus-
schusses besonders verfügt werden.

Bundesnadeln.

Auf wiederholte Anfragen hin sehen wir uns zu der Mittels-
lung veranlaßt, daß die Versendung der Bundesnadeln nicht er-
folgen kann, weil wir die Anfertigung infolge der Geldentwertung
und der hohen Preise nicht in Bestellung geben konnten.

Briefkasten.

„Ludwig“ in Saarbrücken. Herzl. Dank. Durch Meta alles
erhalten. Wird erledigt werden.

Homburg-Saar. Beitrag erhalten. Es wird alles wünsch-
gemäß erledigt werden.

Studienreferendar in Saarbrücken. Eingefandte Besprechung
hat für unseren Leserkreis kein Interesse und kann auch wegen
Raummangel nicht wiedergegeben werden.

Die Not im November.

In der letzten Zeit haben wir unseren Lesern oft sagen
müssen, wie schwer die Not der Zeit auch unseren „Saar-
Freund“ bedrückt. Immer wieder mußten wir auf den
Ernst der Lage hinweisen. Und wir mußten pflichtgemäß
darauf aufmerksam machen, daß nur treues Zu-
sammenhalten der Leser mit ihrer heimat-
lichen Zeitschrift das Blatt über diese
schwere Zeit hinweg erhalten könne. Diese
Aufrufe haben unter unseren Freunden und Landsleuten
auch eine erfreuliche Opferwilligkeit ausgelöst.

Inzwischen hat sich jedoch die Ungunst der Ver-
hältnisse mehr und mehr verstärkt. Damit ist
auch die Erhaltung unserer Zeitschrift immer schwieriger ge-
worden. Die Herstellungskosten steigen in außerordentlich
verstärktem Grade. Die Herausgabe des „Saar-Freund“
im bisherigen Umfange würde von den Lesern im November
Opfer gefordert haben, die wir ihnen nicht zumuten durften.

Unter diesen Umständen haben wir uns unter dem Druck
der Verhältnisse dazu entschließen müssen, den „Saar-
Freund“ vom 1. November ab höchstens noch ein-
mal im Monat erscheinen zu lassen. Um den
Bestand der Zeitschrift zu sichern, mußten
wir diesen Ausweg wählen. Hierdurch glauben
wir die Erhaltung des Blattes gesichert zu haben. Unseren
Lesern und Freunden haben wir auf diese Weise zugleich den
niedrigsten überhaupt möglichen Bezugspreis gesichert. Nach
den neuen Berechnungen des Bezugspreises haben wir bei der
Post für den Monat November 25 Goldpfennige als Grund-
preis angemeldet. Die vom Börsenverein der deutschen Buch-
händler in Leipzig für die Berechnung des Bezugspreises in
Papiermark festzustellende Schlüsselzahl ist für November auf
16 Milliarden Mark festgesetzt worden. Somit beträgt der
Papiermarkpreis des „Saar-Freund“ 0,25 Mark
(Grundzahl) mal 16 Milliarden (Schlüsselzahl) = 4 Milli-
arden Mark. Hierzu kommt das Bestellgeld von 100 000
Mark für die Postzustellung.

Nunmehr kann der „Saar-Freund“, bis uns Hilfe
in ausreichendem Maße zuteil geworden ist, nur noch einmal
zu seinen Lesern kommen. Wir hoffen, daß die Treue unserer
Leser uns auch fernerhin erhalten bleibt. Treues Ausharren
aller unserer Freunde ist jetzt mehr denn je notwendig. In
der gewohnten gemeinsamen Arbeit wird und muß es uns
gelingen, den „Saar-Freund“ trotz der gegenwärtigen
Einschränkung dauernd zu erhalten.

Schriftleitung und Verlag.

Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzervereins, E. V.)

Vereinsadresse u. Schriftführer: Fritz Müller (Stephan 9039), Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 58. / Vorst.: Bankdirektor Karl Fraenger (Saro: Zentr. 9150-32, Privat: Wilhelm 3261) Charlottenburg, Cosanderstraße 7. / Kasse u. Postcheckkonto Berlin 15841: Bankbeamter Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Pöschingerstraße 16. Familienabende: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas, Friedrichstr. 105, a. d. Weidendammer Brücke. / Zeitungszuschriften: H. Vorst. Carl Maria Maier, (Moabit 162), NW. 5, Quibowstraße 14b.

Bereinsnachrichten.

Familiennachrichten. Unser Vorstandsmitglied Herr Kaufmann Joel Gerhard beging am Sonntag, den 21. Oktober, die Feier seines 50. Geburtstages. — Aus diesem Anlaß überreichte ihm der geschäftsführende Vorstand einen golddurchwirkten Lorbeerkrantz mit den Schleifen seiner Farben und feierte ihn im Namen des Vereins in gebührender Weise wegen seiner Verdienste. Auch an dieser Stelle unseren herzlichsten Glückwunsch.

Allgemeines. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß der Zufluß von Substanzmitteln sehr nachgelassen hat, teilweise sogar ins Stoden geraten ist. — Es sei daher daran erinnert, daß wir nicht die Absicht haben, in unserem Eifer, Gelder einzutreiben, zu erlahmen. — Mit dem Einzug der rückständigen ordentlichen Beiträge wurde, wie angekündigt, jetzt begonnen. Wir sind fest davon überzeugt, daß die meisten Rückständigen selbst nicht mehr wissen, ob sie bezahlt haben oder nicht und daher mit unserem Posteingang voll und ganz einverstanden sind. Aber auch diejenigen, welche eben erst ihren Beitrag bezahlt haben, in dem Augenblick als wir unsere Nachnahme zur Post gaben, werden um Annahme gebeten, um sich und uns die hohen Einzugskosten zu ersparen. — Auf Wunsch wird ein doppelt bezahlter Betrag „wertbeständig“ aufgeschrieben oder einer unserer anderen Kassen überwiesen. Als da sind „Pfalzspende“, „Zeitungsspende“, „Kinderhilfe“, „Weihnachtskasse“, „Unterstützungskasse“ usw. ad infinitum. — Speziell die Pfalzspende sollte jedem Mitglied und seinen Freunden ständig am Herzen liegen. Ein einmaliger Beitrag genügt nicht, denn die Not ist groß. Bis zum 26. Oktober erreichte dieser Fonds die Höhe von etwa 2½ Millionen, aber was sind heute Riesenziffern im Vergleich mit dem Elend unserer Landsleute? — Das gleiche gilt von der „Zeitungsspende“. Noch einmal ist unser Vorsitzender mit einem hohen Milliardenbetrag eingesprungen, um das Defizit zu decken, aber die Mitglieder, soweit sie „gut situiert“ sind, müssen weiter mithelfen und nicht nur den Vorstand oder einzelne Vorstandsmitglieder bluten lassen. Mehr wie ein Brot pro Monat braucht er ja schließlich nicht zu geben. — Und dann noch etwas ins Ohr: Wenn du spendest, dann schreibe auch zwei Worte dazu, wen der Wurf treffen soll, damit der Kassierer richtig verbuchen oder überwiesen kann. Und noch eins: Wer sich das Geben recht bequem machen will, besuche uns jeden ersten Freitag im Monat im „Atlas“. An der Weidendammer Brücke. Sodele, jeh haw ich mer alles vun Herz, Lewwer, Lung unn Niere runner geredd, jeh isch's mer widder leichter.

Briefkasten. Frä. J. E. Mariendorf. Sie haben ganz recht, in dem Artikel „Vereinstätigkeit“ in der vorhergehenden Nummer muß es natürlich heißen „eine beschränkte Anzahl Personen“ und nicht, wie unser verbissener Schriftleiter geschrieben hat, „eine Anzahl beschränkter Personen“. Aber seien Sie unbeforgt, es hat's keiner vom Vorstand gemerkt und Sie brauchen es ja auch nicht weiter zu sagen. —

Aus der Heimat.

Die Nachrichten aus der Heimat sind leider trotz Einstellung des passiven Widerstandes recht trostlos, denn der Feind will uns keinen Augenblick zur Ruhe kommen lassen. — Noch täglich lesen wir von Ausweisungen, Bestrafungen, Beschlagnahmen, Diebstahl, Raub und feigem Mord. Poincaré, dieser Erzlump Europas und seine Schergen kennen kein Erbarmen. Auch nicht mit Frauen, Kindern, Kranken, Gebrechlichen und nicht einmal mit werdenden Müttern oder Wöchnerinnen. Nichts genügt hat uns die Aufgabe des passiven Widerstandes. Wer Hoffnungen darauf setzte, wird heute einsehen, wie bitter wir getäuscht worden sind. Hoffnung auf England oder Amerika? Ein Narr, wer daran glaubt. Amerika ist behaftet mit dem Makel der 14 Punkte und will sich keine zweite Blamage holen. Und Englands Krämergeist will doch seine teure Kohle bei uns absetzen, was unmöglich wäre, wenn unsere Werke in Betrieb kommen würden. — Vielleicht ist es auch die Angst vor dem waffenstarrenden Frankreich. Vielleicht auch sind erst noch verschiedene Ruhhändel irgendwo in Afrika, im Mittelmeer, in

Ägypten, im Orient und im Okzident zu erledigen. Wehe dem Besiegten. Wird es uns etwas nützen, wenn wir noch weiter nachgiebig sind? Wenn wir Schritt für Schritt alle Wünsche und Befehle dieses Blutmenschen erfüllen? Wohl kaum, denn dieser Satan ist unerfättlich und wie kein Zweiter erfinderisch in neuen Wünschen, Befehlen und Schikanen. — Und zu all dem Leid jekt auch noch die Ausrufung der „Freien Republik Pfalz“ durch Männer, die sich Volksvertreter nennen. — Und Deutschland? Zerfleischt sich weiter in Politik, die „den Charakter verdirbt“, anstatt sich auf seine Wirtschaft zu besinnen. „Politisch Lied, ein garstig Lied.“ Barmherzige Werte Heimat, wie lange wird es noch dauern, bis wir wieder die Gräber unserer Kinder und Eltern besuchen und in Ruhe schmücken dürfen! Armes Deutschland, wie leicht wäre dir zu helfen, wenn die Politik nicht wäre und die Zeitungsredakteure aller Länder nicht täglich neue Zwiesracht säeten.

19171 Personen sind seit 11. Januar d. J. bis zum 1. Oktober von der französischen Besatzungsbehörde aus der Pfalz ausgewiesen worden. Davon 5073 Reichsbeamte mit 12877 Familienangehörigen, 240 Landesbeamte mit 504 Familienangehörigen und 184 Privatpersonen mit 293 Familienangehörigen. Von den 5497 Ausgewiesenen ohne Familienangehörige sind 4878 geborene Pfälzer. Unter den Ausgewiesenen 184 Privatpersonen ohne Familienangehörige befinden sich nur 35 nicht in der Pfalz Geborene, von den 240 ausgewiesenen Landesbeamten sind 180 geborene Pfälzer und von den 5073 ausgewiesenen Reichsbeamten 4549 geborene Pfälzer. Das Hauptkontingent der ausgewiesenen Reichsarbeiter stellt die Reichsbahn mit 4657 und 12085 Familienangehörigen, es folgen die Reichsfinanz mit 374 und 714 Familienangehörigen und die Reichspost mit 25 und 42 Familienangehörigen. Der Rest von 17 Ausgewiesenen und 36 Familienangehörigen gehören den verschiedenen Beamtenkategorien an. Von den ausgewiesenen Landesbeamten steht an der Spitze die innere Staatsverwaltung mit 59 Ausgewiesenen und 101 Familienangehörigen, es folgen die Forstverwaltung mit 56 Ausgewiesenen und 110 Familienangehörigen, die Gemeindebeamten mit 54 Ausgewiesenen und 142 Familienangehörigen, die Justizverwaltung mit 32 Ausgewiesenen und 65 Familienangehörigen, das Lehramt an Volksschulen mit 22 Ausgewiesenen und 50 Familienangehörigen, das höhere Lehramt mit 15 Ausgewiesenen und 31 Familienangehörigen und der Vermessungsdienst mit 2 Ausgewiesenen und 5 Familienangehörigen.

Das verschlossene Tor.*

Glühend lastet die Sonne auf der dunstigen Rheinebene. Von grauem Sonnendunst umflossen, ragen die blauen Berge. Alles flimmert vor Augen, gleißt und glühert, dampft vor Glut. 50 Grad in der Sonne. Die Luft schwül und drückend. In Mannheim hält der Zug. Unter stolzem Bogen glänzt der Rhein, grauweiß, von Sonnenstreifen getigert. Da — am Eingang der Rheinbrücke — das erste Schildwachenhaus. Blau, weiß, rot. Marokkaner. Schokoladenfarbige Helme in die braunen glänzenden Gesichter gedrückt. Bajonette blitzen — hier hört Deutschland auf. Das fremde Land tut sich auf. Jenseits der Brücke. . . Die Straßenbahn gleitet hinüber. Sie hält vor dem Schilderhaus. Die Wache zieht auf. Marokkaner marschieren in Reihen vorbei. Geführt von einem kleinen weißen Unteroffizier. Der Verkehr stoppt. Visitation. Im Wagen herrscht Schweigen. Ein Unteroffizier steigt ein. Auf die Herren mit dem Mappen hat er es abgesehen. Deffnen. — Er findet nichts besonderes. Er macht es kurz. Es ist heiß, nur die Marokkaner scheinen unberührt von der Temperatur. In ihre dicken grün-gelben Stoffe eingepreßt stehen sie am Brückengeländer, starren in den Rhein. Einige spielen Ball. . . Die Straßenbahn gleitet durch die staubige Stadt.

Ludwigshafen. Die erste Station im besetzten Gebiet. Die Eingangspforte zur Pfalz. Bis hierher geht die Verbindung der deutschen Eisenbahn, der Fahrplan endet hier. Das Ungewisse beginnt. Fremdes Land, in dem wir fremd geworden sind. (Fortf. folgt.)

* Aus „Berliner Lokal-Anzeiger“.